

ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss, Postfach 1759, 3001 Bern, Tel 031/44 23 64

An die Redaktionen der
Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

Bern, 4. Juli 1984 AS/flo

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 23. September werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Atom- und Energieinitiative abzustimmen haben. In der zweiten Ausgabe unseres Pressedienstes unterbreiten wir Ihnen zur freien Verwendung vier Artikel, die aufzeigen wollen, dass die beiden Anti-Elektrizitäts-Initiativen alles andere als harmlos sind.

Sie passen ausgesprochen schlecht in die Landschaft der Welt-politik, wie alt Ständerat Fritz Krauchtaler, der praktische Bauer aus dem bernischen Wynau, darlegt. Dass mit den beiden vorallem von sogenannten Umweltschutzorganistionen und Kern-kraftwerk-Gegnern getragenen Volksbegehren nicht nur Energie-politik zu machen versucht wird, sondern auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzungen anvisiert werden zeigen die andern Artikel auf.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns bis zum Abstimmungskampf in unserer nicht leichten Informationsaufgabe unterstützen können. Sollten Sie Spezialwünsche aus Ihrem Einzugsgebiet haben, (Autoren aus der Gegend, aus bestimmten Parteirich-tungen, seien es Fachleute oder Politiker), helfen wir Ihnen gerne weiter. Schreiben Sie oder noch besser, rufen Sie uns an. Der Pressechef Dr. Peter Frei ist ab 9. Juli wieder aus dem Militärdienst zurück. In der Zwischenzeit verbleiben wir

mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZ. AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN
i.A. des Pressechefs Dr. Frei

A. Stadelmann
(Anton Stadelmann)

Beilagen erwähnt

Am 23. September dieses Jahres müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an den Urnen über zwei eidgenössische Vorlagen abstimmen, welche die Energieversorgung unseres Landes gefährden und aus den Angeln heben könnten. Es geht einerseits um die Volksinitiative "für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke" (die sogenannte Atominitiative II) und die Volksinitiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung". Mit der ersten Initiative wollen uns die Initianten in Zukunft den Strom aus den Kernkraftwerken abstellen und mit der zweiten den Energievogt in Bern installieren.

Beim Urnengang muss sich jedermann im klaren sein, dass unser Land bereits heute fast drei Zehntel (28%) seiner Elektrizität aus Kernkraftwerken bezieht und dass nach Inbetriebnahme von Leibstadt dieser Anteil sogar zwei Fünftel (40%) ausmachen wird. Wir die Atominitiative II angenommen, müssen wir bis etwa 2015 ersatzlos auf diesen Strom verzichten.

Weil das zu ernsthaften Versorgungsproblemen führen dürfte und weil gewisse Experten für diesen Zeitraum zudem eine Verknappung anderer Energieträger voraussagen, müsste in Bern gleichzeitig ein staatliches Energie-Management, ein zentraler Energie-Vogt installiert werden. Für gewisse Energieträger würden dann massive Steuern erhoben und dem einzelnen Verbraucher vorgeschrieben, was für Energie er wann in welchem Umfang brauchen dürfe.

Wenn wir am 23. September die beiden Initiativen annehmen, dann trifft einmal mehr der drastische Spruch aus dem Volksmund zu: Wir sägen am Ast, auf dem wir sitzen.

Zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September über die beiden
Energieinitiativen:

Wollen wir am Ast sägen, auf dem wir sitzen?

von alt Ständerat Fritz Krauchthaler, Wynigen (BE).

Vor wenigen Tagen hat ein Raketenangriff auf den Supertanker TIBURON durch die Iraker im Golf Schlagzeilen gemacht. Auch wir in der Schweiz sind aufmerksam geworden: bei der Tiburon handelt es sich um ein Schiff, welches zwar unter liberischer Flagge fährt, aber einer schweizerischen Reederei gehört. Der Konflikt am Golf zeigt uns, wie vor Jahren schon der Krieg gegen Israel, wie verletzlich unsere Energieversorgung im Grunde genommen ist.

Unser Land bezieht mit dem Erdöl mehr als siebenzig Prozent seiner Energie aus dem Ausland. Und ein grosser Teil davon stammt nach wie vor aus der Golfregion. Am Golf aber herrscht Krieg zwischen Iran und Irak. Und die Irakis wollen nun den iranischen Erdölexport lahmlegen und beschiessen "maritime Ziele", also Tankschiffe, welche bei der iranischen Erdöl-Insel Kharg ihre Fracht aufnehmen wollen. Der schweizerische Supertanker Tiburon war nur einer von mehr als einem halben Dutzend, welche in den vergangenen Tagen kriegerischen Attacken ausgesetzt waren.

Das Erdöl stellt ein Hauptpfeiler unserer Energieversorgung dar. Ein sehr unsicherer, weil wir zu Hundert Prozent vom Ausland abhängig sind und weil zahlreiche Erdöl-Lieferländer in Krisenregionen liegen. Deshalb sollte man meinen, dass wir andere Energiequellen und -Lieferanten sorgsam behandeln und auszubauen versuchen, um das Risiko einer Energieknappheit zu vermindern. Dem ist aber nicht so.

ENERGIEPOLITIK KOMMT NICHT ZUR RUHE

Das Schweizervolk hat 1979 die Atomverbotsinitiative Nr. 1 abgelehnt und ist mit der Zustimmung zum Atomgesetz für einen sinnvollen Ausbau der Kernenergie eingestanden. 1983 haben die Stimmbürger zu einem Energieartikel Nein gesagt, in der Ueberzeugung, die geltende Energiepolitik, die sich nach den Bedürfnissen ausrichtet, genüge. Nicht dieser Auffassung waren die Initianten zweier Volksbegehren, die sich aus sogenannten Umweltschutzorganisationen, aber auch aus erklärten AKW-Gegnern und linken Gruppierungen rekrutierten. Sie fordern mit der Ende September zur Abstimmung gelangenden "Initiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und der "Initiative für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung", wie sie selbst an einer Pressekonferenz betonten, "eine Schweiz ohne Atomstrom".

Die Atomverbotsinitiative Nr. 2, will den Bau weiterer Kernkraftwerke verbieten. Doch nicht genug damit, sie verlangt auch, dass die bestehenden Kernkraftwerke, also die seit Jahren problemlos produzierenden Kernkraftwerke Beznau I und II, Mühleberg, Gösgen und das neue Kernkraftwerk Leibstadt nach Ablauf ihrer Lebensdauer nicht mehr ersetzt werden dürfen. Das heisst mit andern Worten, dass der stets wachsende Bedarf - 1983 waren es 3,4 Prozent - und nach Stilllegen aller Kernkraftwerke der Atomstromanteil von dazumal 40 Prozent nicht mehr gedeckt werden könnte.

Wie sollte man dann die Versorgungslücke decken? Mit Sparen und Zwangszuteilungen, also Rationierung, wie dies die mit ihrem Titel verführerische Energieinitiative vorschlägt? Oder mit Alternativenergien, und Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen, die wegen ihrer fossilen Brennstoffe nicht gerade zu den von den gleichen Leuten hochgespielten Thema Waldsterben passen? Oder mit dem Bau neuer Oel-, Kohle- oder Wasserkraftwerke, die aber genau mit der Energierationierungsinitiative auch bekämpft werden.

Die Auswirkungen der beiden Initiativen, die sich gegen die Elektrizität im allgemeinen und gegen die Kernenergie im besondern richten, sind unschwer auszumachen. Ihre Annahme würde unzweifelhaft zu Versorgungsengpässen beim Strom, der für unser rohstoff-

armes Land so wichtig ist, führen. Das hiesse, Experimente mit der Energieversorgung eingehen, die gefährlich wären. Sie würden, wie der Bundesrat in seiner Botschaft ausführt, unweigerlich "folgenreiche Auswirkungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" der Schweiz haben. Daran, dass die beiden Initiativen unsinnig und gefährlich sind, ändert sich auch nichts, wenn jetzt die Initianten an zahlreichen Pressekonferenzen ihre guten Absichten beteuern. Unschwer ist aus ihren Aeusserungen herauszuspüren, dass sie mittels Emotionen und Aengsten zu ihrem Ziele kommen möchten. Und diese Ziele heissen, via Energiepolitik gesellschaftliche und wirtschaftliche Umkrempelungen vorzunehmen, die nicht den freiheitlichen Vorstellungen der Schweiz und ihrer Wirtschaft entsprechen. Oder mit andern Worten: nur eine gesicherte Stromversorgung vermag mitzuhelfen, um auch in der Zukunft das zu erhalten, was wir seit Generationen erarbeitet und erreicht haben. Deshalb wäre es falsch - aus welchen Gründen auch immer - die sichere Energievorsorge ideellen Gaukeleien zu opfern und Optionen leichtfertig zu vertun. Mit einem Nein zu den beiden Volksbegehren halten wir uns die Hände frei für alle Eventualitäten in der Energiepolitik.

Anton Stadelmann

Zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984 über die Energievorlagen:

Hammer und Amboss!

von Hans Peter Graf, Fürigen

hpg. Am 23. September 1984 werden die Schweizer Stimmbürger wieder einmal Gelegenheit haben, an der Urne energiepolitische Weichenstellungen vorzunehmen. Allerdings: die recht irreführenden Titel der beiden Initiativen, welche dann zur Abstimmung gelangen, täuschen darüber hinweg, worum es den Initianten eigentlich geht. Bei genauerer Betrachtung präsentieren sich jedoch die Volksinitiative "für eine Zukunft ohne weitere Kernkraftwerke" und "für eine sichere, sparsame und umweltaerechte Energieversorgung" als Hammer und Amboss, die dazu dienen sollen, die Energiekonzeption und Energieversorgung unseres Landes in irreparabler Weise zu zertrümmern.

Nach der knappen Ablehnung der Atominitiative I am 18. Februar 1979 gingen die Kernkraftgegner davon aus, dass mit der Taktik des "steten Tropfens" das Schweizervolk vielleicht mürbe gemacht werden kann. Ungeachtet des Volksentscheides wurden sehr bald die beiden neuen Initiativen lanciert. Dabei zeigte es sich sehr rasch, dass die beiden Vorlagen so konzipiert waren, dass sie wie Hammer und Amboss zur Zertrümmerung der geltenden Energiekonzeption und der Energieversorgung unseres Landes eingesetzt werden können.

Der Hammer...

ist dabei die Initiative "für eine Zukunft ohne weitere Kernkraftwerke" (Atom-Initiative II). Sollte diese Initiative angenommen werden, könnten nach Leibstadt, welches demnächst seinen Normalbetrieb aufnehmen wird, keine weiteren Kernkraftwerke gebaut werden. Obwohl der Bundesrat bei der Beurteilung des Bedarfs mindestens ein bis zwei weitere KKW's noch in diesem Jahrtausend als notwendig erachtet.

Doch der Titel ist irreführend: es geht nicht nur um die weiteren Kernkraftwerke. Auch die bestehenden Werke dürften nicht erneuert werden. Wenn sie also nach der vorgesehenen Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren stillgelegt werden müssen, dann würden sie ersatzlos verschwinden und ein entsprechendes Loch in unserer Energieversorgung hinterlassen. Bereits heute stammt aber mehr als ein Viertel der inländischen Stromproduktion aus Nuklearenergie. Und wenn man in Zukunft die Erdölabhängigkeit, aus Gründen der Versorgungssicherheit und auch aus Gründen des Umweltschutzes reduzieren möchte, dann dürfte dieser Anteil noch zunehmen. Mit der Atominitiative II jedoch hauen die Kernkraftwerkgegner hier mit einem massiven Hammer auf einem Eckstein unserer Energieversorgung herum. Und drohen damit irreparablen Schaden für unsere Wirtschaft anzurichten. Sie wissen jedoch genau, dass die Schweizer Stimmbürger klug genug sind, nicht ersatzlos auf die Kernenergie aus den bestehenden und aus künftigen Kernkraftwerken zu verzichten. Darum haben sie als Unterlage, quasi als...

... tückischen Amboss

die sogenannte Initiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" konzipiert. Sie soll dem Stimmbürger vorgaukeln, ein Verzicht auf die Kernkraft sei ohne weiteres möglich, wenn der Bund die in der zweiten Initiative vorgeschriebenen Massnahmen durchsetze. Diese reichen vom staatlich verordneten Energiesparen, der Gebäudeisolation, der Vorschrift über die Benützung bestimmter Energieträger und dem Verbot von elektrischen Heizungen bis zu massiven Energiesteuern, welche wiederum zur Subventionierung alternativer Energien verwendet werden sollten. Mit dieser alternativen Heilslehre, so meinen zumindest die Initianten, kann das Schweizer Volk in Zukunft getrost auf die bösen AKW's verzichten und in eine rosige und biologische Zukunft wandeln. Ein Amboss fürwahr, welcher dem Hammer der Atominitiative II genügend Gegenkraft darbieten könnte, um unsere bisherige, sichere und die Nuklearenergie miteinbeziehende Energieversorgung zu zermalmen.

Soweit wird es aber, so hoffen wir, dann nicht kommen, wenn die Stimmbürger dieser Doppelstrategie, dieses Spiel mit Hammer und Amboss rechtzeitig durchschauen und den beiden Initiativen eine klare Absage erteilen. Zu einem Zeitpunkt, wo fanatische Araberscheichs und die Sowjets in der Golfregion mit unserer Energieversorgung russisches Roulett spielen und man nie weiss, wann die ganze Sache in die Höhe geht, können wir uns nicht noch selbst in einer Anwendung von Leichtsinnigkeit die eigenen stromproduzierenden Kernkraftwerke abstellen lassen!

HAUSHÄLTERISCHER UND ZIELGERICHTETER UMGEHEN

Energieressourcen müssen geschont werden

Nicht erst seit heute hat sich das Wissen weitgehend durchgesetzt, dass unsere Lebensgrundlagen - Luft, Wasser, Rohstoffe und Nahrung - nicht unerschöpflich sind. Wir tun, wenn wir uns und unseren Nachfahren die Zukunft nicht verbauen wollen, gut daran, mit unseren Ressourcen hausälterischer und zielgerichteter umzugehen: Die Jahre der Verschwendung und des unkontrollierten Verbrauchs müssen zu Ende sein.

In einer ähnlichen Lage befinden wir uns mit der Energie. Die Welt verfügt zwar noch über praktisch unendliche Energiequellen - Sonnen- und Erdwärme -, doch sind die Möglichkeiten zu deren Gewinnung (heute noch) begrenzt. Der technische Fortschritt wird zeigen, ob wir diese Energiequellen in späteren Jahren technisch machbar und wirtschaftlich tragbar "anzapfen" können. Deshalb sind wir heute und auf absehbare Zukunft hinaus auf die traditionellen Energieträger - Wasserkraft, Erdöl, Erdgas und Kohle - angewiesen. Doch diese stehen nicht in unbeschränkter Masse zur Verfügung.

"Ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens"

Unmissverständlich auf diese Tatsachen hat auch der Bundesrat hingewiesen. Er ist in seiner Botschaft für einen Energieartikel auf Grundsatzfragen der Energiepolitik eingetreten: "Die Energieversorgung wird in zunehmendem Masse zu einem preislichen und mengenmässigen Engpassfaktor für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Der Konkurrenzkampf um die verbleibenden Energieressourcen

stellt eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens dar. Auch die stark von Erdölimporten abhängige Energieversorgung unseres Landes ist mit erheblichen Risiken belastet. Es gilt, diese aufgrund einer umfassenden, langfristig orientierten und flexiblen Energiepolitik zu vermindern, indem politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten reduziert und die natürlichen Ressourcen schonend genutzt werden. Dabei soll dem Schutz des Menschen sowie der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt vermehrt Rechnung getragen werden."

Alternative vorhanden

Die Alternative zur Plünderung der natürlichen Ressourcen ist vorhanden, zudem darf sie noch das Prädikat umweltschonend in Anspruch nehmen: Die Kernenergie. Diese ist allerdings in den letzten Jahren zu einem Thema der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung geworden. Zum Teil gerade auch aus jenen Kreisen, die noch vor wenigen Jahren die Kernenergie als "saubere Variante" zu den damals projektierten Öl- und Kohlekraftwerken propagierten und sie sowohl als umweltschonend und wie zukunftsweisend bezeichneten.

Bundesrat: Wir brauchen Kernenergie

In der Diskussion um die Kernenergie hat die Landesregierung immer eine klare Haltung eingenommen und diese auch in ihrer Botschaft zur Atom-Initiative bekräftigt: "Zur Sicherung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung ist eine rationellere Energieverwendung und die vermehrte Nutzung der einheimischen, erneuerbaren Energieträger (Wasserenergie und Holz sowie Sonnenenergie, Umgebungswärme, Biogas, Wind und geothermische Energie) erforderlich. Daneben ist eine massvolle Erhöhung der Anteile der Kernenergie, der Kohle und des Erdgases im Sinne einer Diversifikation unserer Versorgung zu befürworten."

Im Sinne dieser Erwägung und nach "eingehender Prüfung" so der Bundesrat - kam dieser zum Schluss, dass die Schweiz "auf ein weiteres Kernkraftwerk nach Leibstadt in den neunziger Jahren nicht verzichtet werden kann". Diese Haltung sollte jenen zu denken geben, die sich bewusst sind, dass wir mit unseren Ressourcen - gerade auch im Energiebereich - haushälterischer und zielgerichteter umzugehen haben.

Christian Beusch